

Erwerbspersonenpotenzial und Beschäftigung in Ostdeutschland

Folgt nun die demografische Krise?

Der demografische Wandel wird in Ostdeutschland auf längere Sicht gravierende Auswirkungen auf das Arbeitskräfteangebot haben. Der Geburtenausfall kurz nach der Wiedervereinigung führt zu einem starken Rückgang der Bevölkerung und somit auch des Arbeitskräfteangebots. Dagegen nimmt die Beschäftigung – auch über einen längeren Zeitraum betrachtet – kaum mehr ab, so dass langfristig ein Fachkräftemangel droht.



Obwohl gegenwärtig die mit der Finanz- und Wirtschaftskrise einhergehenden Probleme am Arbeitsmarkt die öffentliche Debatte bestimmen, sollte der langfristige Ausblick über die aktuelle Situation hinaus nicht vernachlässigt werden. Es zeichnen sich künftige Herausforderungen ab, die es rechtzeitig zu beachten gilt.

So wird gerade in Ostdeutschland auf längere Sicht der demografische Wandel zu gravierenden Veränderungen beim Arbeitskräfteangebot führen. Das Erwerbspersonenpotenzial sinkt und altert. Dagegen nimmt nach den Projektionen des IAB die Beschäftigung in den neuen Ländern – auch über einen längeren Zeitraum betrachtet – kaum mehr ab. Beide Marktseiten gleichen sich damit auf niedrigerem Niveau an. Rein rechnerisch könnte sich die gesamte Unterbeschäftigung, also die Summe aus registrierter Arbeitslosigkeit und Stiller Reserve, die im Jahresdurchschnitt 2008 noch bei knapp 2,3 Millionen Personen lag, bis zum Jahr 2025 auf rund eine halbe Million Personen reduzieren.

Projektion des Erwerbspersonenpotenzials

In den neuen Ländern wird die deutsche Bevölkerung im Alter von 15 bis 64 Jahren von heute etwa zehn Millionen bis zum Jahr 2025 um rund 30 Prozent auf ungefähr sieben Millionen Menschen sinken. Bis zum Jahr 2050 könnte die ostdeutsche Bevölkerung sogar auf

weniger als fünf Millionen Personen schrumpfen. Der wesentliche Grund für diese stark negative Entwicklung ist der Geburtenausfall nach der Wende, als sich die Geburtenrate zeitweise fast halbierte. Wurden im Jahr 1989 noch 198.922 Kinder geboren, waren es 1994 nur noch 78.698. Seitdem kommen in Ostdeutschland wieder mehr Kinder zur Welt. Im Jahr 2007 waren es beispielsweise knapp 100.000; die Geburten in Ost-Berlin sind darin nicht enthalten.

Der Geburtenausfall macht sich nun am Arbeitsmarkt bemerkbar, denn die damals nicht geborenen Kinder hätten inzwischen das Erwerbsalter erreicht. Jeder junge Jahrgang, der dem Arbeitsmarkt zur Verfügung steht, ist inzwischen nur noch etwa halb so stark besetzt wie die älteren Jahrgänge. Allein aus demografischen Gründen würde sich das ostdeutsche Erwerbspersonenpotenzial deshalb bis zum Jahr 2025 um mehr als zwei Millionen Personen verringern.

Für das Erwerbspersonenpotenzial sind jedoch auch die Migration und Veränderungen im Erwerbsverhalten zu berücksichtigen. Die Abwanderung Ostdeutscher – vor allem in die alten Länder – dürfte den abwärtsgerichteten Trend auch in Zukunft verstärken. Aufgrund der in der Projektion des IAB angenommenen Binnenwanderung der deutschen Bevölkerung würde Ostdeutschland bis zum Jahr 2025 insgesamt rund 250.000 Arbeitskräfte verlieren.

Erhebliche Bedeutung für das Erwerbspersonenpotenzial hat die Höhe der Zuwanderung aus dem Ausland. Nimmt man für Deutschland einen jährlichen Nettozuwug von 100.000 Ausländern (gesamte Bevölkerung, nicht nur Arbeitskräfte) an und bleibt die Verteilung der Ausländer auf Ost- und Westdeutschland unverändert, dann sinkt das Erwerbspersonenpotenzial der Ausländer im Osten (einschließlich Berlin) bis zum Jahr 2025 geringfügig um 15.000 Personen auf 486.000 Erwerbspersonen. Ohne Zuwanderung würde es um 55.000 abnehmen.

Anders als im Westen bildet im Osten ein Anstieg der Erwerbsbeteiligung kein nennenswertes Gegengewicht zum demografischen Effekt. Im nationalen wie



auch im internationalen Vergleich ist die Erwerbsbeteiligung der ostdeutschen Frauen besonders hoch. Im Jahr 2000 zählten beispielsweise noch 99 Prozent der ostdeutschen Frauen im Alter von 40 bis 44 Jahren zum Erwerbspersonenpotenzial. Die Potenzialerwerbsquote der gleichaltrigen westdeutschen Frauen lag bei „nur“ 84 Prozent. Nach der IAB-Projektion werden sich die Erwerbsquoten angleichen. In zwanzig Jahren wird die ostdeutsche Erwerbsquote der 40- bis 44-jährigen Frauen auf 95 Prozent gesunken, die im Westen auf 94 Prozent gestiegen sein. Ein merklicher Einfluss auf das Erwerbspersonenpotenzial ergibt sich daraus nicht. Bis zum Jahr 2025 wird er bei einem Minus von 8.000 Personen liegen.

Zugleich wird die Erwerbsbeteiligung aufgrund der vom Gesetzgeber beschlossenen Erhöhung des Rentenzugangsalters auch in den neuen Ländern steigen. Der Effekt der „Rente mit 67“ wird für das Jahr 2025 auf eine Größenordnung von 185.000 zusätzlichen Arbeitskräften geschätzt; das wären rund 2,5 Prozent des ostdeutschen Erwerbspersonenpotenzials.

Grundsätzlich könnte also eine Abnahme der Bevölkerung durch eine entsprechende Zunahme der Zahl der Personen, die ihre Arbeitskraft anbieten, kompensiert werden. Wie gezeigt wurde, ist dies allerdings im

Osten auf absehbare Zeit höchst unwahrscheinlich. Unter den genannten Bedingungen werden die Demografie, die Binnen- und die internationale Migration sowie die Veränderungen in der Erwerbsbeteiligung zusammen zu einem Rückgang des ostdeutschen Erwerbspersonenpotenzials führen, der sich in den Jahren 2005 bis 2025 auf beinahe 2,3 Millionen Personen summiert. Dabei hat die prognostisch nahezu sichere demografische Komponente mit 2,2 Millionen den weitaus größten Einfluss.

Projektion der Arbeitskräftenachfrage

Durch die Wiedervereinigung und den damit verbundenen Systemwechsel ging in Ostdeutschland rund ein Drittel der Arbeitsplätze verloren. Trotz der enormen Transferleistungen gelang es in den folgenden Jahren nicht, die Unterbeschäftigung spürbar zu verringern. Im Gegenteil: Die Beschäftigung sank zwar nicht mehr rapide, aber dafür stetig. Selbst der im Jahr 1998 einsetzende Wirt-

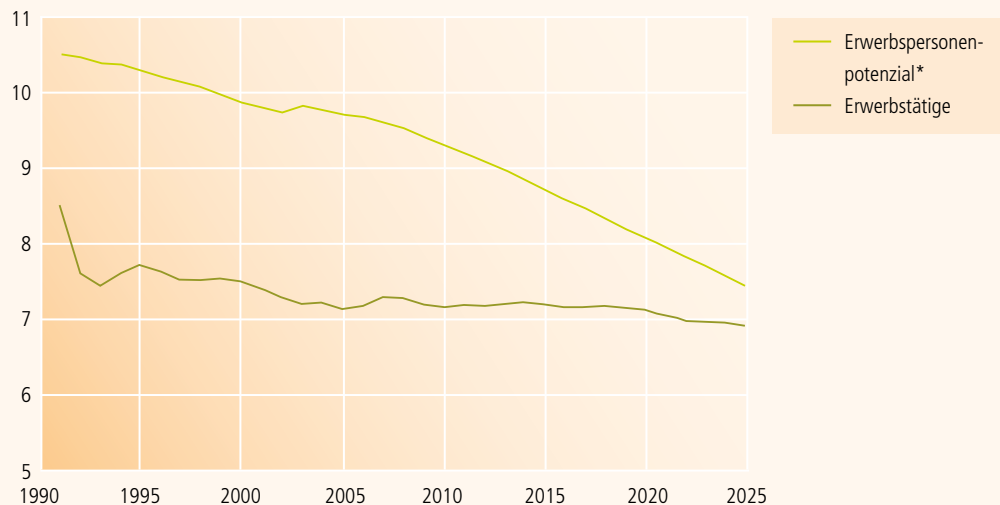
schaftsaufschwung ging – anders als im Westen – nahezu spurlos am ostdeutschen Arbeitsmarkt vorbei. Erst im Zuge des letzten Booms, der im Jahr 2006 einsetzte und bis Mitte 2008 dauerte, verzeichneten auch die neuen Bundesländer einen Beschäftigungsanstieg. So erhöhte sich die Zahl der Erwerbstätigen zwischen 2005 und 2008 im Jahresdurchschnitt um etwa 280.000 Personen.

Voraussichtlich werden die Beschäftigungsgewinne der letzten drei Jahre zwar im Zuge der Wirtschaftskrise größtenteils wieder verloren gehen, aber unserer Modellrechnung zufolge wird bis etwa zum Jahr 2020 das Beschäftigungsniveau von 2005 mit rund 7,1 Millionen Erwerbstätigen gehalten werden können. Danach dürfte sich der Rückgang der Bevölkerung und damit auch der des Erwerbspersonenpotenzials am Arbeitsmarkt immer stärker bemerkbar machen. Im verwendeten Modell steigen die Löhne aufgrund des Rückgangs der Unterbeschäftigung noch mehr als die nominale Produktivität.

Abbildung 1

Entwicklung des Arbeitskräfteangebots (Erwerbspersonenpotenzial*) und der Arbeitskräftenachfrage (Erwerbstätige) in Ostdeutschland (inkl. Berlin) bis 2025

in Millionen Personen



Anmerkung: *Basisvariante des Erwerbspersonenpotenzials bei einem jährlichen Wanderungssaldo von 100.000 Personen (auf Bundesebene) und einem gleich bleibenden Ost-Anteil am gesamten Erwerbspersonenpotenzial der Ausländer (ca. 11,6 %), langfristiges Sinken der Frauenerwerbsbeteiligung und steigende Alterserwerbstätigkeit (Rente mit 67).

Quelle: Eigene Berechnungen

©IAB

Damit wird der gesamtwirtschaftliche Verteilungsspielraum überschritten. Ein Rückgang der Beschäftigung ist die Folge. Bis zum Jahr 2025 wird die Beschäftigung um rund 200.000 Personen sinken, so dass es noch etwa 6,9 Millionen Erwerbstätige geben wird.

Bilanzierung bis 2025

Stellt man Arbeitskräfteangebot (Erwerbspersonenpotenzial) und Arbeitskräftenachfrage (Erwerbstätigkeit) gegenüber, zeigt sich auf den ersten Blick eine für die Arbeitskräfte sehr positive Entwicklung (vgl. Abbildung 1 auf Seite 78). Die Differenz, also die gesamte Unterbeschäftigung aus Arbeitslosigkeit und Stiller Reserve, wird deutlich kleiner. Der Grund für diesen günstigen Trend liegt fast ausschließlich in der als ziemlich stabil einzuschätzenden demografischen Tendenz.

Doch darf man nicht erwarten, dass die Demografie das ostdeutsche Arbeitslosigkeitsproblem quasi von alleine löst. Zwei wichtige Fragen schließen sich nämlich an: Wie passen Angebot und Nachfrage zusammen und wie könnte es nach 2025 weitergehen?

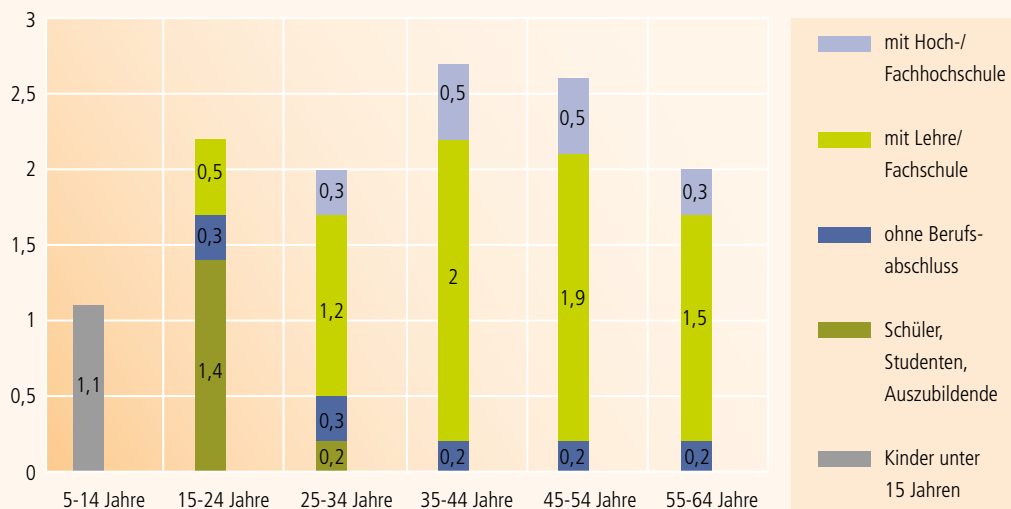
Die Annäherung von Arbeitskräfteangebot und -nachfrage ist zunächst nur eine rein rechnerische. Schon bald könnte der Zeitpunkt erreicht werden, ab dem das Arbeitskräfteangebot den tatsächlichen betrieblichen Bedarf an Fachkräften nicht mehr deckt. Betrachtet man die Qualifikationsstruktur der heute in den neuen Ländern lebenden Bevölkerung, dann wird das Potenzial gut qualifizierter Arbeitskräfte schon in zehn, spätestens wohl in 20 Jahren deutlich gesunken sein. Darüber hinaus wird sich die Altersstruktur immer weiter zu Ungunsten der jüngeren und mittleren Jahrgänge verschieben, weil die heute 35- bis 54-Jährigen einen Großteil der erwerbsfähigen Bevölkerung stellen und im betrachteten Zeitraum immer näher ans Renteneintrittsalter heranrücken.

Da aber die deutsche Wirtschaft immer mehr qualifizierte und immer weniger un- und angelernte Arbeitskräfte benötigt, ist das tatsächlich verfügbare Arbeitskräfteangebot noch kleiner als das oben angegebene. Dies könnte längerfristig zu einem Fachkräftemangel führen, welcher sich negativ auf die Wettbewerbsfähigkeit auswirkt.

Abbildung 2

Bevölkerung nach Qualifikation und Alter in Ostdeutschland (inkl. Berlin) 2005

in Prozent



Quelle: Mikrozensus, eigene Berechnungen

©IAB

Deshalb ist es eigentlich unerlässlich, das vorhandene Potenzial wenigstens in qualitativer Hinsicht auszuschöpfen, also die nachwachsenden Generationen bestmöglich zu qualifizieren. Betrachtet man die aktuellen Entwicklungen der Zahl der Schulabgänger in den neuen Ländern und Berlin, so ist seit dem Jahr 2000 ein konstanter Rückgang zu beobachten. Während im Jahr 2000 noch knapp 240.000 Schüler die allgemein bildenden Schulen verließen, waren es im Jahr 2007 lediglich 190.000. Immerhin konnte der Anteil der Personen mit Hoch- und Fachhochschulreife an allen Abgängern von 27 auf 36 Prozent gesteigert werden und der Anteil derjenigen ohne Abschluss sank von zwölf auf neun Prozent.

Dennoch wird dies nicht ausreichen, um den Bedarf an gut Qualifizierten langfristig zu decken, zumal die demografischen Einbrüche erst in den kommenden Jahren voll durchschlagen. Die Kultusministerkonferenz rechnet in ihrer aktuellen Vorausberechnung für das Jahr 2020 in den ostdeutschen Flächenländern lediglich noch mit 44.000 Absolventinnen und Absolventen mit Hoch- und Fachhochschulreife aus allgemein bildenden und beruflichen Schulen. Im Jahr 2007 waren es noch 75.000. Dies entspräche zwar einem Anteil von 45 Prozent an

der gleichaltrigen Bevölkerung (zum Vergleich 2007: 41 Prozent), aber selbst diese erfreuliche Steigerung der Quote gleicht die absoluten Einbrüche nicht aus. So reicht beispielsweise die Zahl der fünf- bis 14-jährigen Kinder im Jahr 2005 mit 1,1 Millionen bei weitem nicht mehr aus, um die altersbedingt ausscheidenden Arbeitskräfte mit abgeschlossener Berufsausbildung bzw. mit Hochschulabschluss künftig zu ersetzen (vgl. Abbildung 2 auf Seite 79).

Arbeitskräftemangel in Ostdeutschland

Die dargestellte Abbildung der Arbeitsmarktentwicklung bis zum Jahr 2025 suggeriert, dass sich die Unterbeschäftigung im Osten irgendwann nach 2025 auflöst und es stattdessen zu einem Nachfrageüberschuss kommen könnte. Aber auch mit optimistischen, wenig realistischen Annahmen hinsichtlich der Zuwanderung und der Erwerbsbeteiligung im Osten wird der demografische Trend des Basismodells nicht gebrochen. Angenommen, ostdeutsche Frauen würden ihre hohe Erwerbsbeteiligung unverändert beibehalten, die Nettozuwanderung zwischen dem Ausland und Deutschland insgesamt wäre doppelt so hoch wie im Basismodell (nun also jahresdurchschnittlich 200.000 Personen),



niemand zöge mehr aus den neuen Ländern in die alten und der Ausländeranteil im Osten entspräche dem im Westen, dann hätte dies dennoch geringe Auswirkungen: Bei diesen Annahmen würde das ostdeutsche Erwerbspersonenpotenzial bis zum Jahr 2050 statt um 4,7 Millionen wie im Basismodell „nur“ noch um 3,6 Millionen Personen sinken.

Bei der Erwerbstätigkeit ist eine derartige Erweiterung des Prognosehorizonts nicht möglich. Doch trotz fehlender Modellergebnisse für die Zeit nach 2025 ist davon auszugehen, dass das stark schrumpfende Erwerbspersonenpotenzial im Osten zu einem Rückgang der Zahl der Erwerbstätigen führen wird. Dies gilt auch unter den sehr optimistischen Annahmen hinsichtlich der Entwicklung des Erwerbspersonenpotenzials. Der Rückgang bei der Beschäftigung könnte sich verstärken, wenn die Zahl der qualifizierten Arbeitskräfte nicht mehr ausreicht, um den Bedarf der Betriebe zu decken. Das heißt, wir müssen uns in den ostdeutschen Ländern längerfristig auf eine Abwärtsspirale von Beschäftigung und Erwerbspersonenpotenzial einstellen.

Fazit

Die demografische Entwicklung wird das ostdeutsche Arbeitskräfteangebot mit hoher Wahrscheinlichkeit stark verändern. Betriebe müssen sich auf insgesamt weniger, zugleich aber auf mehr ältere Arbeitskräfte einstellen.

Weil demografisch bedingt auch die Zahl der qualifizierten Arbeitskräfte abnimmt, könnte sich der Abwärtstrend bei der Beschäftigung noch verstärken, denn ohne qualifizierte Arbeitskräfte verliert der Osten seinen wichtigsten Trumpf sowohl im nationalen als auch im internationalen Wettbewerb. Nötig ist eine rasche Steigerung der Bildungsanstrengungen, denn sie wird erst in einigen Jahren ihre Wirkung entfalten.

Der Abwärtstrend in den Gesamtzahlen bedeutet allerdings nicht zwangsläufig Nachteile für einzelne Personen. Gerade vor dem Hintergrund des Bevölkerungsrückgangs ist die Pro-Kopf-Entwicklung die relevantere Messlatte. Gelänge es beispielsweise, den Osten Deutschlands als Hochtechnologiestandort auszubauen,

könnte eine positive Entwicklung in Gang gesetzt werden. Eine Voraussetzung hierfür ist, dass die Bildungs- und Forschungspolitik längerfristig ausgerichtet werden und sich nicht an kurzfristigen Marktlagen orientieren. Nur so könnte die Innovationsfähigkeit im Osten erhalten bleiben oder sogar gesteigert werden. Langfristig entscheidet vor allem die Innovationsfähigkeit einer Volkswirtschaft, wie schnell der technische Fortschritt voranschreitet bzw. wie stark die Produktivität zunimmt, und garantiert damit auch ein hohes Pro-Kopf-Einkommen. Letztlich würde der Osten Deutschlands – sowohl für die einheimische Bevölkerung als auch für potenzielle Zuwanderer – wieder mehr an Attraktivität gewinnen, so dass der unvermeidliche Abwärtstrend seinen Schrecken verliert.

Literatur

Fuchs, Johann; Hummel, Markus; Zika Gerd (2009): Demografie prägt den ostdeutschen Arbeitsmarkt. IAB-Kurzbericht 21/2009.

Die Autoren



Dr. Johann Fuchs

ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Forschungsbereich „Prognosen und Strukturanalysen“ am IAB.
johann.fuchs@iab.de



Markus Hummel

ist Mitarbeiter im Forschungsbereich „Prognosen und Strukturanalysen“ am IAB.
markus.hummel@iab.de



Dr. Gerd Zika

ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Forschungsbereich „Prognosen und Strukturanalysen“ am IAB.
gerd.zika@iab.de